

# Leitantrag

verabschiedet auf der 22. Landes-  
verbandstagung am 10. Juni 2023

So muss Hamburg sein: Nachhaltig sozial!





### **Bildquellen**

S. 1: Pcess609 - stock.adobe.com; S. 2, 4, 7: Jonas Walzberg; S. 9: Sir\_Oliver - fotolia.com; S. 10/11: Rawpixel.com - stock.adobe.com; S. 12: Halfpoint stock.adobe.com; S. 17: Jonas Walzberg; S. 19: Kzenon - fotolia.com; S. 21: pikselstock - stock.adobe.com; S. 23: Christian Schwier - stock.adobe.com

# Inhalt

- 5** Editorial
- 8** Megatrend Digitalisierung versus Bürgerrechte
- 9** Armut verhindern und bekämpfen – sozialer Spaltung entgegenwirken
- 12** Barrierefreien Zugang zu Behörden und Ämtern gewährleisten
- 13** Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt
- 13** Kürzungen bei sozialen Leistungen verhindern
- 14** Mehr Sozialwohnungen, bessere Wohnungspolitik und Wohnungslosenhilfe
- 15** Sicherung der unabhängigen Sozialberatung und Sozialrechtsberatung
- 16** Senior:innen beachten und Verwaltung bürgernah gestalten
- 18** Pflege muss ein würdevolles Leben ermöglichen
- 20** Sozialer öffentlicher Personennahverkehr – Mobilität
- 20** Arbeitsmarktpolitik sichert Teilhabe an der Gesellschaft  
Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderung
- 22** Chancen für Kinder und Jugendliche eröffnen

SOVD

urg sein:  
ial!



## Editorial

Der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD) Landesverband Hamburg fordert eine nachhaltige Politik vom Hamburger Senat und der Hamburgischen Bürgerschaft, die eine auskömmliche Daseinsvorsorge für alle Bürger:innen der Stadt sicherstellt. Ziel ist es, dass allen der Zugang zur Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird. Dies erfordert in jedem Fall eine am Gemeinwohl orientierte Politik, die die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

Die vergangenen vier Jahre waren geprägt von schwerwiegenden Ereignissen, die unser aller Alltagsleben berührt und immense Einschnitte in die persönlichen Lebensverhältnisse mit sich gebracht haben. Zwei Jahre Corona-Pandemie und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben massive politische, wirtschaftliche und soziale Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen – in Hamburg, in Deutschland und in Europa.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Das Zurechtrücken der sozialen Ungleichheit und der zunehmenden Spaltung zwischen Vermögenden und Armen, die sozial-ökologische Transformation im Zuge des Klimaschutzes und die Bewahrung der Zukunftsfähigkeit unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats.

Im Fokus unserer Arbeit stehen die Menschen, die in oder am Rande der Armut leben und die soziale Ausgrenzung, Benachteiligungen oder Ungerechtigkeiten erleben. Unser Engagement richten wir konsequent nach ihren Interessen, Wünschen und Bedürfnissen aus und wollen einen aktiven Beitrag zur Verbesserung ihrer realen Lebenssituation leisten – ob durch individuelle Hilfen oder unser Ringen auf dem politischen Parkett. Dabei verfolgen wir den Ansatz, die Menschen vor Ort zu beteiligen und Brücken zu institutionellen Angeboten der Stadt, der Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände zu bauen, um Teilhabe zu ermöglichen sowie Hilfen zur Selbsthilfe zu fordern und zu fördern.

In erster Linie kommt es darauf an, dass die Menschen ihre persönliche Existenz durch eigenes Einkommen sichern können – und, dass sie auf teilhabesichernde Sozialleistungen vertrauen können, wenn dies nicht möglich ist. Die kostenfreie Nutzung sozialer Infrastruktur und Zuschüsse aus öffentlicher Hand sind dabei notwendige und sinnvolle Ergänzungen, teils auch die einzige Lösung.

Hamburg kann so in erheblichem Maße dazu beitragen, die Situation vieler Menschen in der Stadt zu verbessern und Teilhabe sowie Chancengleichheit zu gewährleisten. Denn ein optimistischer Blick und eine hoffnungsvolle Zukunft kann nur aus vollumfänglichen Teilhabechancen aller Menschen an allen Teilbereichen unserer Gesellschaft erwachsen.

Die Digitalisierung prägt in vielen Bereichen bereits den Alltag der Menschen und fordert ihnen vieles ab. Auch kommen die Schattenseiten der Digitalisierung in den Blick. Digitalisierung befestigt soziale Ungleichheit und erschwert den Zugang zur Durchsetzung des Rechts. Dafür braucht man gar nicht erst nach Spanien zu schauen, wo die Rentner:innen schon 2022 gegen das Online-Banking aufbegehrten. Das ist nicht nur ein Altersproblem. Es geht vielmehr um die strukturelle Differenz zwischen Menschen und Behörden oder Organisation, die mit der Digitalisierung wächst.

Es ist wichtig, dass der Hamburger Senat und die Bürgerschaft strikt darauf achten, dass die Rechte der Bürger:innen gewahrt bleiben. Das Sammeln von Informationen über die Bewohner:innen der Stadt sowie deren Überwachung muss Regeln unterliegen oder unterbunden werden. In keinem Fall darf es zu einer profitorientierten Nutzung von Daten der durch die Freie und Hansestadt Hamburg und deren Organe bzw. verbundene Unternehmen kommen.

Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen ist durch Schulungen und Unterstützungsangebote bei der Entwicklung der digitalen Stadt zu verhindern. Begleitend zu digitalen Angeboten sind nach wie vor gut zugängliche analoge Angebote vorzuhalten.

Der SoVD erkennt an, dass Sozialpolitik nicht nur Landespolitik ist. Die Freien und Hansestadt braucht deshalb eine starke soziale Stimme im Bund. Vom Bundesratspräsidenten und Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher und vom Hamburger Senat erwartet der SoVD deshalb erfolgreiche Gesetzesinitiativen im Bundesrat zu den drängenden sozialpolitischen und finanzpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre.

Die Stadt ist kein Unternehmen und daher liegt ihr Fokus auf der Gemeinwohlorientierung. Das Wohlstandskonzept des Senats und der Bürgerschaft muss sich daher an mehr sozialer Sicherheit für alle Hamburger:innen orientieren. Dies auch angesichts der Tatsache, dass die Zahl prekär Beschäftigter einen hohen

Stand erreicht hat und sozialer Abstieg und die soziale Ausgrenzung bis weit in den Mittelstand erfahrbar ist.

Die Bekämpfung der herrschenden Wohnungsnot muss nach wie vor zentraler Bestandteil zukünftiger Planungen der Stadt sein. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass Hamburg sein grünes Gesicht behält und Zonen für die Erholung der Stadtbevölkerung bewahrt. Klimaerhaltende und klimaverbessernde Maßnahmen müssen angesichts des nicht zu übersehenden Klimawandels nachhaltig berücksichtigt werden, denn auch das gehört zu einer gelungenen Sozialpolitik, die die Gesundheit der Menschen im Blick hat.

Zu einer demokratischen Stadt gehört die Beteiligung der Bürger:innen sowie der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Der Zugang zu Behörden und die selbstverständliche Beratung von Ratsuchenden in allen Behörden muss eine Selbstverständlichkeit sein. Missstände sind zu beseitigen und eine zukunftsorientierte Planung ist zu erwarten.

Die Finanzen der Freien und Hansestadt Hamburg erlauben mehr Ausgaben für Sozialpolitik und das Umsteuern von Ausgaben zugunsten von Sozialpolitik. Mehr Sozialpolitik für mehr Teilhabe und mehr Gerechtigkeit ist möglich und hängt allein vom politischen Willen des Senats und den ihn tragenden Parteien ab.



## Megatrend Digitalisierung versus Bürgerrechte

Die Digitalisierung wird zukünftig die Stadtentwicklung und unser Alltagsleben in der Stadt prägen. Immer mehr städtische Dienstleistungen werden online angeboten. Die Politik setzt auf digitalisierte Mobilität, Onlineangebote in Bücherhallen, webbasierte Angebote bei den städtischen Kundenzentren, elektronische Krankenhausdiagnostik und Behandlungen sowie vieles mehr. Ein schlüssiges Gesamtkonzept für eine digitale Stadt ist allerdings nicht erkennbar. Dies kann dann den Einfluss von Unternehmen eröffnen, die immer auch „legitim“ ihre Interessen dabei mit verfolgen. Heute gewinnen Unternehmen Vorsprünge auf den Märkten durch das Sammeln von Daten und Informationen über ihre – potentiellen – Kund:innen. Daraus entstehen Gefahren für Bürgerrechte, denen entgegengewirkt werden muss.

In der Überwachung und vielfältigen nicht genehmigten Nutzung von privaten Daten der Hamburger Bevölkerung liegen Gefahren, die von der Politik gesehen und unterbunden werden müssen. Daher ist gerade bei der Entwicklung von digitalen Anwendungen die Orientierung am Gemeinwohl von zentraler Bedeutung.

Viele digitale Errungenschaften können zu einem guten Leben beitragen. Entwicklungen in Medizin und Pflege können helfen Alltagsprobleme besser zu bewältigen; gleiches gilt für Haushalt und Mobilität. Das kann uns zu einem lebenswerten Hamburg verhelfen. Dabei kann auch die künstliche Intelligenz (KI) unterstützen, wenn sie zum Wohle der Menschen, unter Beachtung der damit verbundenen Probleme, verantwortlich eingesetzt wird.

Ein Problem liegt schon auf dem Tisch: Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen durch die Einführung von digitalen Lösungen ist durch Schulungen, Unterstützungsangebote, Gesetze und Regeln bei der Entwicklung der digitalen Stadt zu verhindern. Begleitend zu digitalen Angeboten sind nach wie vor gut zugängliche analoge Angebote vorzuhalten. Diese so lange zu erhalten, wie es notwendig ist, ist eine der Hausforderungen und eine Forderung des SoVD an den Senat.



## Armut verhindern und Armut bekämpfen – sozialer Spaltung entgegenwirken

Der SoVD fordert nachdrücklich ein schlüssiges Konzept zur Armutsbekämpfung in Hamburg. Die Politik und insbesondere der Senat und die Bürgerschaft sind nachdrücklich aufgefordert, Maßnahmen zur wirksamen Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen und dafür zu sorgen, dass alle Bürger:innen Hamburgs angemessen an der Gesellschaft teilhaben können. Deutschland hat sich dazu verpflichtet, die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN bis 2030 umzusetzen. Das bedeutet, dass z. B. Armut bis dahin beseitigt sein muss. Es geht nicht um einzelne Maßnahmen, die es gibt, sondern vielmehr um ein in sich schlüssiges Konzept mit Zielzahlen und Erreichungszeitpunkten.

Der SoVD fordert einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht, der sozialräumliche Aspekte beinhaltet. Darauf aufbauend sind unter Beteiligung der Zivilgesellschaft Konzepte zu entwickeln und deren Umsetzung zu evaluieren.

Mit Armut ist die fehlende Teilhabe an bestimmten sozialen Aktivitäten (wie z. B. Theater- oder Kinobesuch, Klassenfahrten, Computer und aktuelle Computerprogramme sowie Smartphones) als Folge fehlender finanziellen Ressourcen,



gemeint. Die Forderungen des SoVD Hamburg beziehen sich entsprechend auf die kostenfreie Nutzung kultureller, sportlicher und digitaler Angebote der Stadt. Neben einem auskömmlichen Einkommen ist die Schaffung und Erweiterung von kostenfreier Infrastruktur, die von den Bewohner:innen mitgestaltet wird, Ausdruck für einen entwickelten Sozialstaat. Entscheidet ist jedoch, dass auskömmliche Einkommen erzielt werden können. Hier fehlt es dem Senat und der Bürgerschaft an genügenden Aktivitäten.

Der SoVD fordert, die Integrationsleistungen im Bürgergeld bestmöglich zu gestalten. Dazu gehören ausreichend Personal, der Aufbau von wirksamen Instrumenten und eine auf die Menschen bezogene Integrationsleistung. Nach wie vor ist dringend erforderlich, den Aufbau eines adäquaten Sozialen Arbeitsmarktes aus Hamburger Haushaltsmitteln für langzeitarbeitslose Menschen weiter auszubauen. Dies würde sofort zu spürbaren Verbesserungen führen. Langzeitarbeitslose und ihre Familien könnten Einkommen aus Erwerbsarbeit erzielen und so der unmittelbaren Armut entgehen. Zudem ergeben sich neue Lebensperspektiven. Die Beschäftigungsträger sind abzusichern und in das Konzept einzubinden.

Ein Blick auf die Armutsgefährdungsentwicklung der verschiedenen Gruppen



zeigt, dass keine Besserung eingetreten ist, sondern, auch unter dem Einfluss von Corona und dem Krieg in der Ukraine, sogar deutliche Anstiege (z. B. Altersarmut) zu verzeichnen sind. Wir gehen davon aus, dass sich die Zahl der Betroffenen etwa verdoppelt hat.

Zu einem würdevollen Leben im Alter gehört unverzichtbar, neben einem auskömmlichen Einkommen, dass die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, die Abschaffung von Stromsperren und die Möglichkeit, sich in der Stadt mobil bewegen zu können. Ebenfalls muss die Versorgung so gesichert sein, dass ein Aufsuchen der Tafeln nicht mehr erforderlich ist.

Die Bezahlbarkeit der Mietnebenkosten wie Strom und Heizung müssen dauerhaft gewährleistet werden. Ein Härtefallfond in ausreichender Höhe ist stets vorzuhalten und zugänglich zu machen.

Zu den armen und armutsgefährdeten Personengruppen in Hamburg gehören nicht nur alte Menschen, sondern vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende mit Kindern, Familien mit mehreren Kindern und Langzeitarbeitslose, denen eigene Abschnitte in dieser Abhandlung gewidmet sind.



## Barrierefreien Zugang zu Behörden und Ämtern gewährleisten

Eine schrankenlose Beratung in Behörden und Ämtern ist auch nach Corona nicht gewährleistet. Es muss möglich sein, dass ratsuchende Bürger:innen jederzeit in umfangreichen Öffnungszeiten Auskunft und Beratung in allen Behörden und Ämtern erhalten. Dort, wo Termine angeboten werden, sind diese zeitnah zu gewähren und angemessen zu gestalten. Lange Wartezeiten auf Bescheide sind zu vermeiden. Das Ziel der Behördenmitarbeitenden muss sein, den bestmöglichen Weg für die Bürger:innen zu suchen, vorzugeben und zu erreichen.

Neben digitalen Angeboten sind in jedem Fall immer vor Ort Beratungen anzubieten. Die Öffnungszeiten sind mindestens an mehreren Tagen in der Woche und über den ganzen Tag zu gewährleisten.

Diskriminierungen sind zu vermeiden und dort, wo sie dennoch vorkommen, sofort zu ahnden. Die Gleichstellung aller Geschlechter, ob weiblich, männlich oder divers, ist zu gewährleisten.



## **Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt**

In Deutschland ist die Istanbul-Konvention seit 2018 rechtsgültig, wird aber laut jüngster Auswertung des Europarates im Mai 2023 bislang nur mangelhaft umgesetzt.

Der SoVD fordert den Hamburger Senat auf, Strategien zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zur dauerhaften Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen wie auch von häuslicher Gewalt, egal gegen wen, zu entwickeln.

Langfristig angelegte präventive Maßnahmen und Projekte, wie z. B. „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“, sind hamburgweit in allen Stadtteilen zu installieren und auskömmlich zu finanzieren.

Der SoVD fordert den Hamburger Senat auf, über eine Bundesratsinitiative den Aufnahmestopp für Anträge im Bundesinvestitionsprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), angekündigt am 12. April 2023, „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ zu verhindern und die Maßnahmen über das Jahr 2024 hinaus zu verlängern.

## **Kürzungen bei sozialen Leistungen verhindern**

Unzureichende Übernahme von Tarifierhöhungen sowie zu geringe Zuwendungen für soziale Projekte trocknen unseren Sozialstaat in Hamburg aus und lassen den Kitt bröckeln, der für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich ist. Das ist auch ein Nährboden für radikale Kräfte, die unsere Gesellschaft zerstören wollen. Dem muss entgegengewirkt werden.

Eine substanzielle Gefährdung von Einrichtungen und freien Trägern muss ausgeschlossen werden. Der Senat wird aufgefordert, die tariflich bedingten Personalkosten und auch die Kosten für eine betriebliche Altersvorsorge in Sozialeinrichtungen auskömmlich und zeitnah zu finanzieren.

## Mehr Sozialwohnungen, bessere Wohnungspolitik und Wohnungslosenhilfe

Hamburg hat mit rund 130.000 Wohnungen in städtischem Besitz (SAGA/GWG) und etwa noch einmal so vielen Wohnungen in genossenschaftlichem Besitz eine gute Ausgangsbasis für Effekte, die eher preismindert auf den Wohnungsmarkt wirken. Das Bündnis für Wohnen hat sich zudem zum Ziel gesetzt, jährlich 10.000 Wohnungen im Dreitmisch zu bauen. Verschiedene Maßnahmen zur Dämpfung der Mietpreisanstiege wurden ebenfalls vom Hamburger Senat eingeführt, ohne dass sich dies wesentlich auf den Anstieg der Mieten auswirkten. Es ist aber gelungen, auch durch stetige Interventionen des SoVD, den Blick dafür zu öffnen, den sozialen Wohnungsbau zu verstärken. Wir fordern den Bau von 5.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Ebenso wurden die Forderungen des SoVD nach einer Verlängerung der Bindungsfrist in das Regierungshandeln aufgenommen. Auch nahm die Diskussion um die Vergabe von Grundstücken der Stadt in Erbpachtrecht Schwung auf.

Aufgrund der Preiserhöhungen für Rohstoffe, Zinsen und Dienstleistungen sowie des Mangels an Handwerkern ist allerdings der Wohnungsbau stark zurückgegangen. Es wird offenbar im Wesentlichen nur noch gebaut, was schon in Planung war, um den Unsicherheiten am Wohnungsmarkt auszuweichen. Dem ist der Hamburger Senat mit einer Erhöhung der Wohnungsbauförderung entgegengetreten. Zinsgünstige Darlehen werden über die Hamburgische Investitions- und Förderbank angeboten. Gleichwohl scheint es immer noch zu viele Ungewissheiten zu geben, um das Bauen wieder in Gang zu bringen. Dabei ist der Klima- und Umweltschutz zu beachten, so dass die Klimaziele nicht verfehlt werden, ebenso wie die klimaneutrale Entwicklung von Quartieren.

Der SoVD fordert alle Beteiligten, einschließlich des SoVD, schnell an einen runden Tisch, um die Schwierigkeiten zu besprechen und auszuräumen. Nicht zuletzt wegen der Flüchtlinge aus der Ukraine fehlt es massiv an bezahlbarem Wohnraum. Die Segregation, nämlich die räumliche Trennung der Wohngebiete in Gebiete mit einkommensschwachen und einkommensstarken Gruppen in der Stadt, nimmt zu. Zum Teil berühren sich reiche und arme Stadtteile und damit die dort lebenden Menschen nicht mehr. Dies hat zur Folge, dass sich Prozesse der Endsolidarisierung verstärken und damit auch ungleiche Lebenschancen;

soziale Probleme zunehmen. Hohe Mieten führen zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich sowie in Personengruppen, die mehr und mehr für ihre Miete – auch in weniger guten Wohnlagen – ausgeben müssen und Personengruppen, die es sich leisten können, auch in teureren Lagen zu wohnen.

Da der Anteil der Sozialwohnungen kontinuierlich sinkt, wird allein aus diesem Grund schon eine Versorgung von einkommensbenachteiligten Familien immer schwieriger.

Eine Entlastung hat es durch die Wohngeldreform gegeben, so dass die Mieter:innen entlastet würden, wenn Zahlungen auch zeitnah erfolgen würden, was jedoch nicht der Fall ist.

Die Reform der Grundsteuer darf insbesondere für einkommensschwache Mieter:innen ebenso nicht zu Mieterhöhungen führen wie die Erhöhung der Müllgebühren.

Menschen in öffentlicher Unterbringung, wohnungslosen und obdachlosen Menschen muss eine Perspektive geboten werden. Das gilt auch für Frauen in Frauenhäusern. Bei der Suche nach Wohnraum sind diese Menschen auf dem angespannten Hamburger Mietmarkt praktisch chancenlos. Hinzu kommen vermehrt Flüchtlinge aus der Ukraine. Sie verbleiben in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung, deren Kapazitäten längst ausgeschöpft sind und beständig erweitert werden müssen. Um das Problem grundsätzlich zu lösen, muss mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden – vor allem Sozialwohnungen und solche Wohnungen, die vordringlich Wohnungssuchenden zugänglich sind.

## **Sicherung der unabhängigen Sozialberatung und Sozialrechtsberatung**

Unabhängige, niedrigschwellige Beratungs- und Vertretungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen müssen den Ratsuchenden vorbehaltlos im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Insbesondere ist wichtig, dass die Beratung ohne Furcht vor Sanktionen in Anspruch genommen werden kann. Hier bietet der Sozialverband Deutschland (SoVD) seine vielfältigen Leistungen an.

## Senior:innen beachten und Verwaltung bürgernah gestalten

Die Zahl der Senior:innen in Hamburg, die 60 Jahre und älter sind, machen bereits rund 25 Prozent der Wohnbevölkerung aus und ihre Zahl steigt an. Wachsen wird vor allem der Anteil der Hochbetagten. Damit sind die „Älteren“ eine bedeutende Gruppe in Hamburg, der wir Aufmerksamkeit schenken müssen. Ältere Menschen haben den Wunsch, in ihrem angestammten Wohnquartier zu bleiben. Dafür müssen die Voraussetzungen mit altersgerechtem Wohnraum geschaffen werden. Älteren Menschen ist es zu ermöglichen, am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in den Quartieren vor Ort und in der Stadt teilzuhaben und diese mitzugestalten. Dabei geht es um Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung ebenso wie um die notwendige Infrastruktur in den Stadtteilen. Für Unterstützung und Pflege bei entsprechender Hilfebedürftigkeit muss mit guter Qualität gesorgt werden.

Der SoVD hat senior:innenpolitischen Leitlinien veröffentlicht und damit Ansätze aus München ins Gespräch gebracht. So wird für alle Grundsicherungsempfänger:innen ein zusätzlicher Aufschlag aus Hamburger Mitteln gefordert. Dies ist nach dem SGB XII möglich, um das höhere Preisniveau in Hamburg auszugleichen.

Zu einem würdevollen Leben im Alter gehört unverzichtbar, neben einem auskömmlichen Einkommen, das die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, die Abschaffung von Stromsperren und die Möglichkeit, sich in der Stadt mobil bewegen zu können.

Ebenfalls muss die Versorgung so gesichert sein, dass ein Aufsuchen der Tafeln nicht mehr erforderlich ist. Viele Senior:innen würden davon profitieren.

Die zunehmende Pflegebedürftigkeit wird schon heute bestehende Probleme weiter verschärfen. Wer älteren Menschen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr senior:innengerechte und barrierefreie Wohnungen bereitstellen. Denn Ältere lehnen in der Regel Altenheime ab, sie wollen ihren Lebensabend in ihrem Zuhause, in dem gewohnten und lieb gewordenen Umfeld, verbringen.

Viele Rentner:innen sind auf Treffpunkte, wie Senior:innentreffs und Ähnliches,



ohne Verzehrzwang angewiesen. Diese Einrichtungen sind zu erhalten und weiter auszubauen. Die notwendige Weiterentwicklung des Konzepts der Senior:innentreffs muss den Gedanken der Teilhabe an der Gesellschaft weiterverfolgen und benötigt hauptamtliches Personal – in Zentren mit Zugang zum Altenhilfesystem nach dem Vorbild der Stadt München.

Eine bürgerfreundliche Verwaltung gehört in die Nähe der Bürger:innen. Kundenzentren benötigen ausreichend Personal und Infrastruktur, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Das gilt in gleichem Maße für Grundsicherungs- und Wohngeldämter, Jobcenter und die Eingliederungshilfe. Dafür hat die Politik in Hamburg zu sorgen.

Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service. Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung (Post, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur) sowie kostenfreie haushaltsnahe Dienstleistungen sind bei allen städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen und in jedem Bezirk bereitzustellen. Ebenso kostenfreie bzw. kostengünstige Treffs für Menschen mit kleinen Einkommen. Barrierefreie Zuwegungen mit Parkbänken, Wasserspendern und auffindbaren öffentlichen Toiletten gehören in Wohnortnähe.

Senior:innen mit Behinderung müssen einen barrierefreien Zugang zur Eingliederungshilfe haben. Weder dürfen Maßnahmen beschnitten noch durch Zugangshemmnisse verweigert werden. Persönliche Budgets sind zu fördern.



## **Pflege muss ein würdevolles Leben ermöglichen**

Der Wunsch sehr vieler Menschen ist es, ein solange wie möglich selbständiges und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Wohnumgebung führen zu können, auch wenn sie aufgrund ihres Alters, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung auf Hilfe angewiesen sind. Diese Menschen sind öfter auf Unterstützung bei kleineren und größeren Problemen des Alltags angewiesen, z. B. bei der Strukturierung des Haushalts, beim Einkaufen und sauber halten der Wohnung, bei der Erledigung von Behördenangelegenheiten oder auf Mobilitätshilfen und Begleitsdienste.

Neben den pflegerischen Versorgungsangeboten für die Unterstützung der Menschen zu Hause, müssen weitere Hilfestrukturen – kostenfrei für bedürftige Menschen – in Form sozialer Dienstleistungen, vorhanden sein, die soziale Kontakte und Möglichkeiten zum Austausch als Mittel gegen Einsamkeit bieten. Dazu gehören auch öffentliche Dienstleistungen im erreichbaren Wohnumfeld.

Der SoVD ist dem Pflegenotstand in der Hansestadt in vielfältiger Weise entgegengetreten und hat aktiv Vorschläge unterbreitet. Denn der Pflegenotstand ist nach wie vor akut: Es besteht ein großer Personalmangel in der Pflege und damit an Beschäftigten, die kranke, behinderte oder alte Menschen in Heimen und Krankenhäusern pflegen und betreuen.

Um die Infrastruktur zu stärken, hat sich der SoVD Hamburg auch für die Rekommunalisierung von Pflegeeinrichtungen eingesetzt und steht den wachsenden Privatisierungsabsichten weiterhin kritisch gegenüber. 2007 hat der damalige Senat den staatlichen Pflegebetrieb PFLEGEN & WOHNEN an einen privaten Betreiber verkauft, der das Unternehmen 2017 weiter veräußert hat. Der Aufforderungen des SoVD, den Pflegebetrieb zurückzukaufen, sind die politischen Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft und der Senat leider nicht nachgekommen. Es wurde kein Angebot abgegeben. Dies lässt an der Glaubwürdigkeit der Politik zweifeln: Während sich die (damals in der Opposition befindliche) SPD 2007 noch mächtig gegen den Verkauf ins Zeug gelegt hatte, war sie zehn Jahre später nicht um einen Rückkauf bemüht.

Die Zuzahlungen in Senior:inneneinrichtungen nehmen kontinuierlich zu. Daher ist die einkommensabhängige Einzelfallförderung wieder einzuführen, um diesen Personenkreis zu entlasten. Notwendig ist die Umsetzung der Kontrollen der

stationären und ambulanten Einrichtungen in Hamburg, so, wie sie im Hamburgischen Wohn- und Betreuungsgesetz (HmbgWBG) beschrieben sind, um eine würdevolle Pflege sicher zu stellen. Dazu gehören vor allem regelmäßige Kontrollen und Beratungsgespräche mit den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen.

Hamburg hat darüber hinaus den Auftrag, Menschen vor dem Absinken in die Grundsicherung zu bewahren, wenn dies allein durch die Pflegebedürftigkeit verursacht ist. Hier fehlt es an einem adäquaten Angebot.

Um die ärztliche Versorgung und die Notfallversorgung zu verbessern, muss Hamburg in mehr Niederlassungsgebiete für Ärzt:innen aufgeteilt werden.

Der SoVD Hamburg fordert den Senat auf, alle Angebote des Gesundheitssystems für alle Menschen zugänglich zu machen, für flächendeckende Barrierefreiheit zu sorgen und eine für alle qualitativ gleich gute, geschlechts- und kultursensible medizinische Versorgung sicherzustellen.

Über das Projekt „Barrierefreie Arztpraxis“ und entsprechende Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) wie auch deren konkrete Maßnahmen muss der Senat die Öffentlichkeit informieren. Ebenso hat der Senat Sorge dafür zu tragen, die ambulante gynäkologische Versorgung (z. B. Mammographie-Screenings) von Frauen mit Behinderungen zu verbessern und präventive Vorsorgeuntersuchungen unabhängig vom Alter zu ermöglichen.



## **Sozialer öffentlicher Personennahverkehr – Mobilität**

Die Preise für Fahrkarten des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) werden kontinuierlich nach oben angepasst, d. h. die Nutzung des ÖPNV verteuert sich stetig. Und dies vor dem Hintergrund, dass der Kostendeckungsgrad des HVV im Vergleich zu anderen Verkehrsverbänden relativ hoch ist. Sozialpolitik soll hier für einen Ausgleich sorgen und auch denjenigen die alltägliche Nutzung der Verkehrsmittel ermöglichen, die nur über sehr kleine Einkommen verfügen. Ein erster Schritt ist die Einführung des 49 Euro Tickets, das wir begrüßen.

Der SoVD fordert die kostenfreie und Nutzung des ÖPNV für bedürftige Menschen, so dass das Grundrecht auf Mobilität für alle auch umgesetzt werden kann und niemand kriminalisiert wird, der sich Fahrten mit dem ÖPNV nicht leisten kann und schwarzfahren muss.

## **Arbeitsmarktpolitik sichert Teilhabe an der Gesellschaft – Langzeitarbeitslose und Men- schen mit Behinderung**

Trotz steigender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen in Hamburg bleiben immer noch viele Bürger:innen vom Zugang zum Arbeitsmarkt abgehängt.

Der Hamburger Senat muss sein finanzielles Engagement bei Beschäftigungsprojekten für langzeitarbeitslose Menschen weiter ausbauen, um vor allem denjenigen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu eröffnen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Das gilt auch nach der Einführung des Bürgergeldes (SGB II). Gefordert wird der Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes aus Hamburger Mitteln, zusätzlich zu Maßnahmen zum Bürgergeld.

Beschäftigungsgesellschaften benötigen darüber hinaus eine Basisfinanzierung, um unabhängig von Projekten ihren Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten zu können. Die entsprechende Co-Finanzierung für Projekte ist ebenfalls bereit zu stellen. Hier geht es nicht ums Prinzip, sondern um Menschen, die über Arbeit ihre

Würde zurückerhalten müssen. Die Hamburger Beschäftigungsträger verfügen darüber hinaus über langjährige Erfahrungen mit den speziellen Bedürfnissen dieser Menschen, so dass ihr Knowhow genutzt werden muss. Die Leistungen müssen aus einer Hand erfolgen. Dabei geht es um das Profiling, Stabilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Integration in Arbeit und deren Begleitung. Gutscheinsysteme können allenfalls als ergänzende Maßnahme eingesetzt werden. Zudem ist ein Beschäftigungsprogramm Bund/Land die Basis für Wege aus der Armut für die Betroffenen und ihre Familien.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für behinderte Menschen besonders zu fördern. Dazu gehört auch der Erhalt und Ausbau der Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation wie dem Berufsförderungswerk Hamburg und dem Berufsbildungswerk Hamburg. Wir fordern den Hamburger Senat auf, sich aktiv dafür einzusetzen.



## Chancen für Kinder und Jugendliche eröffnen

Kinder und Jugendliche bedürfen unserer ganz besonderen Aufmerksamkeit. Die Kinder- und Jugendarbeit ist neben der Bildung und Erziehung in Elternhaus, Kindergarten, Schule und beruflicher Ausbildung ein wichtiger Bildungsbereich in der Freizeit der Kinder und Jugendlichen. Kinder- und Jugendarbeit trägt zur Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen beachtlich bei, dabei werden notwendige personale und soziale Kompetenzen angeregt und vermittelt. Skandalös ist seit vielen Jahren die große Zahl der in Armut aufwachsender Kinder und Jugendlichen in Hamburg: Über 20 Prozent von ihnen sind in unserer Stadt von Armut betroffen. Die Angebote der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sind, um ihnen eine Chance zu bieten, auf solider Basis auszubauen. Deutlich mehr Abend- und Wochenendangebote sind zu entwickeln.

In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) nur selten, allenfalls in Verbindung mit tragischen Todesfällen von Kindern. Erkennbare Defizite müssen behoben werden. Der SoVD fordert die regelmäßige Überprüfung des ASD durch eine unabhängige Expert:innenkommission sowie die Entwicklung und Erprobung neuer Wege für den ASD. Erkenntnisse aus anderen Bundesländern und aus der Wissenschaft sind für die Arbeit des Hamburger ASD nutzbar zu machen.

Gerade präventiv kann mit den Hilfen zur Erziehung, wenn Beratung und Hilfen in den Familien frühzeitig erfolgen, sehr viel erreicht werden. Besonders benachteiligten Kindern und Jugendlichen können hierdurch neue Chancen eröffnet werden. Aufsuchende Sozialarbeit ist vermehrt erforderlich und sozialräumliche Ansätze sind ebenfalls vermehrt zu entwickeln. Ein Hamburger Familiengeld soll eingeführt werden. Familien erhalten für das zweite Kind 250 Euro und für das dritte Kind 300 Euro monatlich für jeweils zwei Jahre.

Familienberatungszentren sind wichtige Einrichtungen, die Familien im Lebensalltag helfen und unterstützen. Ihre Beratungstätigkeit ist oftmals eine wichtige Stütze bei der Alltagsbewältigung. Gerade für Familien mit vielen Kindern sind sie unverzichtbar. Ein quartiersbezogener bzw. sozialräumlicher Ausbau ist erforderlich.

So sehr es zu begrüßen ist, dass ausreichend Plätze in Krippen und Kitas zur Verfügung stehen und erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf

den Weg gebracht wurden, so sehr muss die Qualität der Arbeit weiter durch den Einsatz von Ressourcen verbessert werden. Im Vordergrund muss die Förderung der Kinder stehen, um ihre Chancen in der Gesellschaft zu verbessern.



## Impressum

Sozialverband Deutschland e.V.  
Landesverband Hamburg  
Pestalozzistraße 38  
22305 Hamburg  
Tel. 040 611607-0  
Fax 040 611607-50  
info@sovd-hh.de  
www.sovd-hh.de



@sovdhamburg

Als gemeinnütziger, parteipolitisch und konfessionell neutraler Verband finanzieren wir unseren sozialen Auftrag unabhängig von Interessen Dritter – seit über 100 Jahren.